



Protokoll der ordentlichen Kirchgemeindeversammlung der Kirchgemeinde Tablat – St.Gallen

24. April 2016, 10.30 bis 13.07 Uhr, Kirche Heiligkreuz

Verhandlungsgegenstände

1. **Jahresbericht des Präsidenten**
2. **Jahresabschluss 2015**
3. **Bericht und Anträge der Geschäftsprüfungskommission**
4. **Antrag zur Jahresrechnung 2015**
 - Verwendung des Rechnungsergebnisses
5. **Budget 2016**
6. **Antrag Festsetzung Steuerfuss 2016**
7. **Wahlen**
 - für Stimmenzähler
 - Ersatzwahlen bzw. Neubesetzung für Mitglieder der Kirchenvorsteherchaft
8. **Informationen und allgemeine Umfrage**

Versammlungsleiter

Johannes von Heyl, Präsident der Kirchenvorsteherchaft

Protokoll

Christine Huber, Mitarbeiterin Administration

Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler

Elisabeth Egli

Urs Gabathuler

Brigitte Reichen-Meier

Susi Tapernoux-Frey

René Uhler

Stimmberechtigte Gemeindeglieder

6'808

Anwesende Gemeindeglieder

88

Absolutes Mehr

45

Stimmbeteiligung

1,29 %

Begrüssung

Im Anschluss an den zentralen Abendmahlsgottesdienst, geleitet von Pfarrer Daniel Kiefer und musikalisch unterstützt von Esther Uhland und der Sopranistin Elisabeth Frehner aus Wittenbach begrüsst Johannes von Heyl die anwesenden Kirchbürgerinnen und Kirchbürger sowie die Mitarbeiter und Behördenmitglieder des Tablats. Er stellt fest, dass die Kirchgemeindeversammlung rechtzeitig durch den Versand des Amtsberichtes einberufen wurde und somit beschlussfähig ist. Zudem sind ihm keine Einwände zu allfällig anwesenden Personen bekannt.

Das Protokoll dieser Versammlung wird innerhalb der nächsten 14 Tage erstellt und liegt danach während 14 Tagen in den Räumen der Verwaltung der Kirchgemeinde Tablat an der Falkensteinstrasse 40 zu Bürozeiten für die Kirchbürger und Kirchbürgerinnen zur Einsicht auf.

Entschuldigt haben sich Werner Menzi, Marcel Schmid, Annelise Bolt, Christiane Waldmann, Peter Graf, Waltraud Kugler und Christoph Würmli.

Die Auszählung der Stimmzettel durch die Stimmzählerinnen und die Stimmzähler ergeben 88 Stimmberechtigte. Das absolute Mehr beträgt 45 Stimmen.

1. Jahresbericht des Präsidenten

Johannes von Heyl trägt seinen Jahresbericht vor:

Da er erst seit 1. November 2015 im Amt als neuer Präsident ist, ist aus seiner Sicht eine korrekte Würdigung der Leistungen der Angestellten und freiwilligen MitarbeiterInnen nicht umfassend möglich.

Es wurden 2015 mehr als 230 Gottesdienste gefeiert, dazu Andachten wie „Musik-Stille-Heil“, Jugendgottesdienste, Meditationen, zahllose Religionsunterrichts- und Konfirmandenstunden erteilt sowie Konfirmanden- und Jugendfreizeiten organisiert und gestaltet. Auch wurden viele Projekte für Ratsuchende, für Senioren und Seniorinnen, sowie Konzerte und Lesungen organisiert. Er bezeugt den Pfarrern, Diakonen, Kirchenmusikern, JugendarbeiterInnen grossen Respekt und spricht seinen Dank und Anerkennung aus.

Er würdigt speziell auch die Arbeit im Sozialdiakonischen Bereich und spricht die nicht ganz einfache Situation der Unterschiede in der kulturellen Grundausrichtung zwischen Helfern und Bedürftigen an. Er unterstreicht die Wichtigkeit der Diakonie und plädiert für das christliche Grundverständnis der Barmherzigkeit!

Der Präsident ist hingegen erstaunt, bzw. macht ihn nachdenklich, dass die Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Kirchenleitung und Mitarbeitern teilweise von Misstrauen geprägt ist. Es fällt ihm auf, dass manchmal Unzufriedenheit beschworen, ja geradezu herbeigeredet wird. Auch fällt hie und da das Wort vom fehlenden Vertrauen, ohne dass stets genau benannt wird, wer denn wem angeblich nicht mehr vertrauen kann und warum.

Aus seiner Sicht gehört es zum normalen Alltag in Organisationen, dass es Stärken und Schwächen in der Kommunikation geben könne, aber auch, seltener, Mängel bei der Zuverlässigkeit, Glaubwürdigkeit oder Pünktlichkeit, oder Defizite in der Sach- und Problemlösungskompetenz vorkommen. Dazu dient die Führung, dass sie solche Schwachstellen erkennt und verbessert. Er hofft und plädiert auf Grundvertrauen und die Loyalität der Mitarbeiter gegenüber der Gemeindeleitung.

Zudem berichtet er, dass der kontrovers diskutierte Streitfall mit einer Kündigung inzwischen mit einer aussergerichtlichen und einvernehmlichen Lösung beendet werden konnte. Der Präsident wünscht sich, dass wieder offener aufeinander zugegangen wird und der Dialog miteinander geführt wird, um für die Kirchgemeinde Tablat gemeinsam einen Weg zu finden, der in die Zukunft weist.

Der vor Jahren begonnene und ins Stocken geratene Tablat-Prozess soll analysiert und wieder in Gang gebracht werden. Dabei muss sicher auch beachtet werden, dass die reformierte Bevölkerung aus verschiedenen Gründen abnimmt, teils aus der Abwendung vom Glauben; vor allem aber wegen demografischer Faktoren. Deshalb wird der Prozess der Konzentration und der Spezialisierung fortgesetzt, und zwar solange noch finanzieller Spielraum und Handlungsfähigkeit vorhanden sind. Visionen sind nötig, um die Handlungshoheit über die Veränderung von Bestehendem behalten zu können.

Auch soll die Organisation verbessert werden durch eine verständliche, schlanke Organisationsstruktur. Ziel ist es jedoch, dass das Tablat weiter eine so aktive und initiative Gemeinde bleiben kann, und dabei weniger Energie aufgewendet werden muss, um sich mit sich selber zu beschäftigen, sondern diese Energie wieder mehr für die Gemeindemitglieder genutzt werden kann. Zum Schluss bittet er um Dialogbereitschaft und Unterstützung der Kirchbürger.

Walo Möri, Heiligkreuz, bittet um das Wort und betont, dass seine Fragen und Bemerkungen aufgrund eigener Recherchen entstanden sind. Er war Kirchenvorsteher und habe in mehreren Sitzungen darauf hingewiesen, dass Strukturänderungen in der Organisation von den KirchbürgerInnen bewilligt werden müssten. Ihm ist nicht klar, was von der Gebietsbezeichnung «Südost» zu erwarten sei. In der 2013 angepassten Kirchgemeindeverordnung seien alle Kirchkreise aufgeführt. Die Bezeichnung «Südost» wurde damals nicht festgelegt, bzw. damals nicht erwähnt. Der Beschluss der KGV 2002 lautet wie folgt: 6 Kirchkreise, 6 Pfarrpersonen zu 100 %, und sei bis heute nicht aufgehoben. Vorübergehend könne und müsse darauf verzichtet werden; ein Dauerzustand müsse hingegen zwingend der Kirchgemeinde zur Abstimmung vorgelegt werden. Herr Möri fragt, wann dies geschehen werde.

René Uhler, Heiligkreuz: Er bezieht sich dankend auf den im Amtsblatt auf Seite 13 aufgeführten Ausblick 2016 im Kirchkreis Heiligkreuz. Er fragt, wie die Wiederbelebung im Heiligkreuz praktisch aussehen werde.

Pfr. Karl Hermann Mehlauf, Rotmonten: Er spricht von einem breiten Graben zwischen Gemeindeleitung und Mitarbeitern. Er redet von einer Vertrauenskrise. Er bemerkt, dass die Mitarbeiter offen gesagt hätten was ihnen nicht passt und eine Liste davon erstellt hätten. Er führt im weiteren aus, dass es Mitarbeiter gebe, die das Gefühl haben, sie würden über den zentralen Server kontrolliert. Zudem würden seiner Meinung nach die Pfarrpersonen nicht über KIVO-Entscheidungen informiert. Im weiteren kritisiert Karl Hermann Mehlauf die aus seiner Sicht zentralistische Organisation und den damit verbundenen administrativen Mehraufwand, z.B. durch Ausfüllen vieler Formulare. Aus seiner Sicht würden immer mehr Kompetenzen an die Verwaltung abgegeben. Da werde auch generalisiert. Er meint, dass man so den Bürgern vor Ort nicht gerecht werden könne. Er findet, die Gemeindeleitung müsse die Arbeit der Mitarbeiter mehr honorieren und nicht ihre Loyalität anzweifeln.

Bruno Gemperle, Stephanshorn: Er stellt fest, dass die neue Struktur «Südost» nur eine provisorische Struktur ist, die noch von der Kirchgemeindeversammlung bewilligt werden müsse. Der Souverän ist die Kirchgemeindeversammlung und nicht die Kirchenvorsteherschaft. Deshalb muss seiner Meinung nach diese Strukturänderung an der nächsten Kirchgemeindeversammlung zur Abstimmung gebracht werden.

René Uhler, Heiligkreuz, fragt, wie die Kirchgemeinde in die Strukturveränderung eingebunden werde und ob es ein Kommunikationskonzept diesbezüglich gebe?

Johannes von Heyl gibt zu diesen Wortmeldungen folgende Antwort: Für ihn ist es selbstverständlich, dass grundlegende Strukturänderungen an der Kirchgemeindeversammlung zur Abstimmung kommen. Die Abnahme der reformierten Bevölkerung ist ein schmerzlicher Prozess. Es ist geplant, den Tablat Prozess, der ins Stocken geraten sei, mit Umfragen und Befragungen von Betroffenen zu analysieren. Zum Thema Südost wird ein Workshop mit den Mitarbeitern des Kirchengebietes Südost stattfinden um zu klären, was die Auslageordnung dieser Strukturveränderung mit sich bringt. Aus seiner Sicht ist es klar, dass aufgrund der Abnahme der Zahl der Kirchbürger die Kräfte der Mitarbeiter und Angebote gebündelt werden müssen. Es stehen für die Zukunft Veränderungen an, die u.a. auch struktureller Art sein werden. Sobald genauere und detailliertere Angaben dazu gemacht werden können, werden sie an der Kirchbürgerversammlung präsentiert.

Johannes von Heyl antwortend auf die Vorwürfe von Karl Hermann Mehlauf und findet, dass der Dialogaustausch und Gedanken mehr fruchten müssen. Aus seiner Sicht funktionieren auf Dauer solche Körperschaften nur mit einer gewissen Hierarchie. Er findet, dass Pfarrer Karl Hermann Mehlauf das Bild eher überzeichnet hat und bittet ihn um Mithilfe und Dialogbereitschaft und auch das Vertrauen, dass die Mitglieder in der Kirchenvorsteherschaft nicht dumm seien, wenn sie bestimmte Entscheidungen trafen.

Eine Dame aus Heiligkreuz fragt, ob es für die Kirchbürger des Heiligkreuz sinnvoll sei, das Zentrum im Grossacker zu haben, da der Grossacker zu wenig Parkplätze habe und der Weg vom Heiligkreuz in den Grossacker mit den öffentlichen Verkehrsmitteln eher umständlich und mühsam sei. Der Präsident schlägt spontan vor, dass ein 8-Plätziges Taxi vom Heiligkreuz organisiert werden könnte, das zweimal Kirchbürger in den Grossacker und wieder nach Hause bringen könne. Zudem stellt er klar, dass es noch lange Gottesdienste in der Heiligkreuzkirche geben wird. Der Präsident nimmt das Anliegen in die Besprechung mit den Mitarbeitern zurück. Ursula Steiger, Rotmonten: Warum wird Rotmonten nicht zum «Südost» dazugezählt? Könnte die Zusammenarbeit von Rotmonten und Heiligkreuz nicht mehr gefördert werden? Sie fühle sich sehr isoliert in Rotmonten. Sie befürwortet eine Durchmischung mit dem Tablat.

Elsbeth Zürcher, Rotmonten, früher in der KIVO: Vor 20 Jahren wollte das Tablat schon Rotmonten einschränken. Da sie sich die Kirchbürger von Rotmonten gewehrt haben, seien sie vielleicht deswegen so stark und aktiv.

Johannes von Heyl: «Südost» muss noch genauer definiert werden und hat aufgrund der z.B. kleineren Anzahl evangelischer Jugendlicher Handlungsbedarf nötig. Rotmonten funktioniere noch gut, ist bezüglich Gottesdienstbesuch und hinsichtlich der Zahl der Jugendlichen noch gut bestückt. Deshalb zögere er als Präsident, diesen Kirchkreis auseinander zu dividieren.

Bruno Gemperle bittet darum, dass an der nächsten Kirchgemeindeversammlung eine detaillierte Strukturveränderung traktandiert und zur Abstimmung gebracht wird.

Der Präsident ist sich der Dringlichkeit bewusst und unterstützt das Anliegen. Er wird es deshalb in die Kirchenvorsteherschaft zurücknehmen.

Susi Zublasing aus Wittenbach ist als Religionslehrkraft seit 15 Jahren tätig. Sie ist sehr erstaunt über das Votum von Karl Hermann Mehla. Sie empfinde den Arbeitgeber Tablat als sehr wohlwollend, sie fühle sich sehr wertgeschätzt und gut aufgehoben. Sie arbeite sehr gerne im Tablat.

Johannes von Heyl dankt ihr für das positive Votum.

2. Jahresabschluss 2015

Wegen Abwesenheit von Peter Graf gibt der Präsident die folgenden Erläuterungen zum Jahresabschluss. Bei den Positionen der Flüssigen Mittel und Forderungen gab es viele Ausgaben, die in den Neubau des Gemeindehauses Wittenbach und der Renovation der Kirche Wittenbach geflossen sind. Der Rahmenkredit von CHF 6 Mio. ist noch nicht ausgeschöpft. Es mussten hingegen noch Zusatzaufgaben bei der Wärmeisolierung und bei den Fenstern der Kirche befolgt werden und es sind noch Abklärungen im Gange bezüglich des Daches und der Fassade des Turms.

Bei den Passiven gab es keine ausserordentlichen Veränderungen. Die laufenden Verbindlichkeiten wurden zurückgeführt.

Bei der Erfolgsrechnung liegt die Besoldung leicht unter dem Budget wegen der Studienurlaube, die teilweise durch die Landeskirche finanziert wurden. Der Sachaufwand liegt im Rahmen. Unterhaltsaufwendungen mit grösseren Auslagen von Mobiliar und von Geräten schlagen sich im Sachaufwand nieder. Das Steueraufkommen liegt sehr nah an der von Peter Graf gemachten Schätzung. Die schwindenden Kapitalerträge durch Null- und Negativzinsen kompensiert den Steuermehrertrag von CHF 25'000.--. Die Rückerstattungen bestehen vor allem aus Arbeitnehmerbeiträgen zu Sozialversicherungen. Das Ergebnis ist mit knapp CHF 5'200.—eine sogenannte «schwarze Null». Der Präsident macht noch eine Bemerkung zu den «finanziellen Beiträgen». Gemäss Beschluss vom 1994 ist die Kirchenvorsteherschaft autorisiert, 5 bis 10 % der Steuereinnahmen an Beiträgen an diakonische oder soziale Hilfswerke auszubringen. Dies sei weiterhin so, es werde nur anders verbucht. Beiträge an externe Gemeindeangebote wie WirkRaumKirche, Eglise française, Evang. Paar- und Familienangebote etc. (sogenannte Schlüsselbeiträge) seien in der Erfolgsrechnung in einer neuen Position verbucht. Somit ist der Betrag der «finanziellen Beiträge» um CHF 106'000.—reduziert. Schlussendlich sind aber die finanziellen Beiträge deutlich über 5 %.

Walo Möri: Er führt in einem Rechenbeispiel die aus seiner Sicht gestiegenen Kosten für die Geschäftsführung an (Treuhandbüro, Löhne Geschäftsleitung und Wegfall Lohnbuchhaltung) und findet, dass 150'000.—ein zu hoher Betrag sei. Auch fragt er, wieviel die Anwaltskosten beim Streitfall Schröder bei der Kirchgemeinde zu Buche schlagen. Wurden die Kosten budgetiert und bewilligt? Wer hat die Anwaltskanzlei beauftragt und bewilligt? Ist das in der Finanzkompetenz der zuständigen Mitarbeiter gewesen?

Bezüglich der «finanziellen Beiträge» führt er aus, dass durch die Schlüsselabgaben, die zwischen Verwaltung und Kirchgemeindepäsidenten der Stadt festgelegt würden, keine Beaufsichtigung und Kontrolle durch die Arbeitsgruppe «Finanzielle Beiträge» mehr möglich sei. Die zur Verfügung stehenden Mittel für gemeinnützige Organisationen hätten sich seiner Ansicht nach in den letzten Jahren dadurch reduziert. Er möchte von der Kirchenvorsteherschaft ein klares Bekenntnis darüber, wie hoch der Prozentsatz der «finanziellen Beiträge» noch sein wird (Schweiz/Ausland im Verhältnis 1 zu 3).

Johannes von Heyl antwortet wie folgt: Er hält für im Ausland investiertes Geld für Aufbauhilfe nicht a priori für schlechter, da es sich gerade in der Flüchtlingsproblematik gezeigt hat, dass Hilfe im betroffenen Land auch Hilfe für die Bevölkerung ist. Der Schweizanteil ist stabil geblieben. Der Präsident räumt ein, dass unser Einfluss auf die Schlüsselabgaben in der Stadt begrenzt sei. Allerdings findet er, dass die

damit unterstützten grösseren Organisationen mit mehr Effizienz und Koordination Hilfe leisten können als kleiner zersplitterte Hilfeleistungen.

Aus der Privatwirtschaft kommend, findet Johannes von Heyl selber, dass das Lohnniveau in der evangelischen Landeskirche ziemlich hoch sei. Zudem seien auch in der Lohnbuchhaltung, die neu durch die Kantonalkirche gemacht werde, zusätzliche Kosten entstanden.

Die Geschäftsführerin, Christina Hegelbach kompensiere ihren freien Tag in dem sie von Montag bis Donnerstag mehr arbeite. Er versichert, dass ihre Arbeitszeit kontrolliert werde.

Walo Möri führt nochmals aus, dass vor allem die ins Ausland bezahlten finanziellen Beiträge zurückgegangen seien zugunsten der Schlüsselbeiträge. Im Zusammenhang mit der Geschäftsführung findet er, dass dies eine Kaderstelle sei und dass er die Erwartung hat, dass in dieser Position nicht auf die Arbeitsstunden geschaut werde, d.h. es sei aus seiner Sicht normal, mehr zu arbeiten.

Der Präsident entgegnet darauf, dass Gespräche mit der Geschäftsführerin geführt werden, wenn die Meinung da ist, dass sie am Freitag arbeiten müsse.

Pfr. Daniel Kiefer fragt nach den Kosten der Kündigung «Schröder». Der Präsident kann aus Persönlichkeitsgründen darüber in der KGV keine Auskunft geben.

Walo Möri fragt nach den Kosten des Anwaltsbüros im 2015 und möchte wissen, wer diese Kosten bewilligt hat und ob das in den Finanzkompetenzen der jeweiligen Personen enthalten war. Pfarrerin Birke Horváth-Müller äussert ihr Erstaunen darüber, dass über die Kosten nicht Auskunft gegeben werden kann. Der Präsident erklärt, momentan keine genaue Kenntnis zu den Zahlen zu diesem Rechtsstreit zu haben, v.a. weil diese in den Jahresabschlusszahlen 2015 erstens noch nicht vollständig erfasst, und zweitens nicht aus einem Konto direkt ablesbar seien. Er nennt dennoch den Maximumbetrag von ca. CHF 15'000.- - 20'000.--.

3. Bericht und Anträge der Geschäftsprüfungskommission

Für die Geschäftsprüfungskommission übernimmt Richard Hilty das Traktandum. Er führt aus, dass die Geschäftsprüfungskommission die Jahresrechnung 2015 und die Amtsführung der Kirchenvorsteherschaft geprüft hat. Sie ist zum Ergebnis gekommen, dass:

- die Erfolgsrechnung und die Bilanz mit der Buchhaltung übereinstimmen. Die Bilanzsumme beläuft sich per Ende 2015 auf CHF 7'913'475.21 und das Eigenkapital (vor Berücksichtigung des Ertragsüberschusses) beträgt CHF 3'764'250.22.
- die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt ist,
- bei der Darstellung der Vermögenslage und des Rechnungsergebnisses die gesetzlichen und reglementarischen Vorschriften eingehalten sind.

Der interne Bericht zuhanden der Kirchenvorsteherschaft beinhaltet detaillierte Feststellungen und Empfehlungen. In diesem Bericht wurde auch zu den bereits erwähnten Punkten Stellung genommen, wie zur Organisation der Kirchkreise, die aus Sicht der GPK an die Kirchgemeindeversammlung kommen muss und auch zum Kündigungsfall haben sie ihre Meinung und Empfehlungen mitgeteilt.

Aufgrund der Ergebnisse der Prüfung beantragen sie:

- Die Rechnung für das Jahr 2015 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 5'152.96 zu genehmigen;
- Der Kirchenvorsteherschaft, dem Präsidenten, den Pfarrpersonen, der Geschäftsführerin sowie den Angestellten und freiwillig Mitarbeitenden für den geleisteten Einsatz zu danken.

Robert Berttermann, Heiligkreuz, fragt, ob im internen Bericht noch Informationen drin sind, die für die Kirchgemeindeversammlung relevant und interessant wären. Richard Hilty entgegnet darauf, dass dieser Bericht immer als interner Bericht zuhanden der Kirchenvorsteherschaft gegolten hat. Die Kirchenvorsteherschaft müsse das diskutieren, ob eine Veröffentlichung dieses Berichts sinnvoll ist oder nicht. Ein interner Bericht richtet sich gemäss Johannes von Heyl primär an die Leitung einer Organisation. Dort fänden sich jeweils Verbesserungsvorschläge, die nach Meinung der GPK umgesetzt werden müssten. Die GPK hat nicht festgestellt, dass sich die Kirchenvorsteherschaft im Kündigungsfall falsch verhalten habe.

Karl Brunner, ehemaliger KIVO Präsident 1988-1994: Er bekräftigt die Wichtigkeit dieses internen Berichts und spricht das Vertrauensverhältnis an. Er findet es richtig und wichtig, dass ein persönliches Gespräch geführt werden kann. Johannes von Heyl bekräftigt, dass die Kirchenvorsteherschaft eine teilweise Veröffentlichung aus dem internen Bericht der GPK diskutieren wird. Für ihn enthält der Bericht der GPK keinerlei kompromittierende Aussagen, sondern viel Ermutigung, an dem Gemeindeaufbau weiterzumachen.

Der **1. Antrag der GPK** die Rechnung für das Jahr 2015 zu genehmigen wird mit 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen **angenommen**.

Der **2. Antrag der GPK** den geleisteten Einsatz zu verdanken wird mit 4 Enthaltungen **angenommen**. Der Präsident dankt der GPK für ihre Arbeit.

Danach gibt es eine kurze Unterbrechung, in welcher das Tablater-Lied gesungen wird.

4. Antrag zur Jahresrechnung 2015

Die Kirchenvorsteherschaft schlägt vor, den Mehrertrag von CHF 5'152.96 dem Eigenkapital zuzuweisen.

Der **Antrag** wird einstimmig **angenommen**.

5. Budget 2016

Der Präsident erläutert einige Punkte zum Budget. Die Budgetierung bei den Steuereinnahmen sei eher vorsichtig. Die Schlüsselbeiträge bleiben mit CHF 107'000.— stabil, der Betrag für «finanzielle Beiträge» soll auf CHF 150'000.—erhöht werden. Rechtsdienst und Beratungskosten werden vom Präsidenten auf ca. CHF 25'000.— geschätzt.

Für Linda Möri ist der Prozentsatz 3,25 % für die finanziellen Beiträge unklar. Er liege unter den geforderten 5 – 10 %. Da die Schlüsselbeiträge und die «finanziellen Beiträge» getrennt in der Erfolgsrechnung ausgewiesen seien, bestehe aus ihrer Sicht ein klares Missverhältnis zugunsten der Schweiz zwischen Beiträgen für das In- und Ausland.

Der Präsident antwortet, dass die finanziellen Beiträge sogar erhöht würden und gerechterweise mit den Schlüsselbeiträgen zusammengezählt werden müssten. Sie dienen beide karitativen Zwecken und gemäss Beschluss von 1994 wurde die Kompetenz der Höhe der Kirchenvorsteherschaft zugeschrieben.

Linda Möri antwortet darauf, dass die 2015 ausbezahlten Schlüsselbeiträge und die finanziellen Beiträge zusammengerechnet und mit den Nettosteuerereinnahmen hochgerechnet einen Prozentsatz unter den eigentlich geforderten 5 % ergäben.

Walo Möri plädiert, entweder werde die Kirchenvorsteherschaft sagen, dass es bei den 5 – 10 % bleibe und rechnet jeweils die Schlüsselbeiträge und die übrigen Beiträge zusammen und legt es der Kirchgemeinde vor, oder sie beschliesst, dass neu die «finanziellen Beiträge» auf 3,7 % festgelegt würden.

Zudem führt er aus, dass für KOALA ein kleiner Betrag aufgeführt wird. Es sollte aber keine Auslagen entstehen. Geschäftsstelle und Behördenentschädigungen sind gewachsen. Wurde auf Kostenneutralität geachtet?

Zudem sei die Diakoniestelle verwaist. Gerüchtehalber höre man, dass auch Frau Odermatt die Kirchgemeinde verlasse. Im Art. 104 der kantonalen Kirchenordnung steht, die Diakonie und Seelsorge zu fördern. Das Vakuum bestehe seit 6 Monaten; dies bedeute den Abbau von Sozial- und Diakonieaufgaben. Wurde, so seine Frage, der Diakonische Dienst im Budget berücksichtigt?

Der Präsident führt aus, dass die Einnahmen bei KOALA unter den Erträgen aufgeführt sind und nicht mit dem Aufwand verrechenbar sind.

Ursula Odermatt habe bisher die landeskirchlichen Voraussetzungen für ihre Arbeitsstelle bis anhin nicht erfüllt. Der Präsident selber hat sich an die Kantonalkirche gewandt, angesichts der Weiterbildung von Frau Odermatt ihre Ausnahmebewilligung zur Berufsausübung noch um ein Jahr zu verlängern. Ursula Odermatt müsse uns verlassen, wenn sie nicht in nützlicher Frist die geforderte Qualifikation vorweisen kann. Ihre Stelle wird nicht ersatzlos gestrichen. Gespräche mit neuen

Mitarbeitern sind in Bearbeitung. Im weiteren wurden sicherheitshalber höhere Kosten in der Gemeindeleitung budgetiert, damit bei allfälligen Neueinteilungen der Ressorts auch entsprechende Vergütungen gezahlt werden können.

Brigitte Casaulta, Halden hat Fragen zur neu geschaffenen Stelle der Hausdienstleiterin. Was hat diese Stelle für eine Funktion? Soll sie zur Mesmerentlastung dienen? Sind neu zu schaffende Stellen nicht eine Angelegenheit für die Kirchgemeindeversammlung? Der Präsident antwortet, dass dies keine neue Stelle ist. Sie ist die fachliche Leitungsperson der Mesmer. Sie sei im Stellenplan vorgesehen. Sie entlaste die Mesmer, und helfe operativ und administrativ. Der Liegenschaftsunterhalt ist ebenfalls ihr Arbeitsgebiet.

Verena Gerber lobt die neue Mitarbeiterin sehr und merke schon selber eine Entlastung.

Linda Möri stellt den nachfolgenden **Antrag**:

Die finanziellen Beiträge sind auf 3,7 % zu erhöhen.

Herr Schönenberger stellt den Ordnungsantrag, dieser Antrag sei auf die nächste Kirchgemeindeversammlung zu verschieben. Der Präsident antwortet, gemäss Kirchenordnung sind Anträge zu aufgeführten Traktanden möglich. Somit wird die Abstimmung über den Ordnungsantrag von ihm abgelehnt.

Nach einigen Wortmeldungen wird über den **Antrag von Frau Möri** abgestimmt. Dieser wird mit 38 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen **angenommen**. Da 4 Kirchbürger die Versammlung mittlerweile verlassen haben, verringert sich die Anwesenheit auf 84; das absolute Mehr liegt bei 43 Stimmen.

6. Antrag Festsetzung Steuerfuss 2016

Die Kirchenvorsteherschaft empfiehlt Ihnen das ordentliche, ausgeglichene Budget 2016, dem ein unveränderter Steuerfuss von 25 % einschliesslich 3,1 % Zentralsteuer zugrunde liegt, zu genehmigen.

Der **Antrag** wird bei mit einer Enthaltung einstimmig **angenommen**.

7. Wahlen

In der Kirchenvorsteherschaft sind 4 Vakanzen zu besetzen. Es stellen sich zwei Kandidaten vor, Herr Alex Gerschwiler, 61 Jahre alt und wohnhaft im Haldenquartier und Frau Andrea Stadelmann, 23 Jahre alt und wohnhaft in Wittenbach. Nach einer persönlichen Vorstellung von Herr Gerschwiler und Auskünften des Pfarrers aus Wittenbach über Frau Stadelmann, die krankheitshalber abwesend ist, wird Herr Gerschwiler mit grosser Zustimmung durch Applaus, und Frau Stadelmann mit einstimmigem Votum in die Kirchenvorsteherschaft gewählt. Herr Gerschwiler wird sein Amt voraussichtlich per 1. Mai und Frau Stadelmann am 1. Juli ihr Amt in der

Kirchenvorsteherschaft antreten. Der Präsident überreicht Herrn Gerschwiler einen Blumenstraus und gratuliert ihm zur Wahl.

8. Informationen und allgemeine Umfrage

Paul Pfenninger und Kristina Kässens sind aus der Kirchenvorsteherschaft zurückgetreten. Der Präsident dankt Paul Pfenninger mit einem Blumenstraus für seine unermüdliche Arbeit im Tablat und auch für die gute Einführung ins Präsidentenamt. Er wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. Kristina Kässens ist nicht anwesend und wird zu einem späteren Zeitpunkt persönlich vom Präsidenten verdankt.

Marcel Schmid war 50 Jahre lang als Organist und musikalischer Leiter im Tablat tätig. Da er abwesend ist, wird ihm der Präsident ein herzliches Dankeschön für dieses seltene Jubiläum und einen Gruss mitteilen. Im November wird ein Chorkonzert aus Anlass seines Jubiläums mit eigener komponierter Musik stattfinden.

Röbi Fricker ist seit 35 Jahren im Grossacker als Organist tätig. Auch ihm wird für seine unermüdliche und wertvolle Arbeit gedankt.

Christoph Semmler wird für seine 20 Jahre als Pfarrer im Tablat gedankt.

René Uhler fragt, wie die neue Pfarrerin im Grossacker, Frau Marilene Hess angestellt sei. Herr von Heyl teilt mit, dass sie vorübergehend angestellt ist, sich aber gerne auch als Pfarrerin ins Tablat wählen lassen würde. Diese Wahl ist für die nächste Kirchgemeindeversammlung vorgesehen.

Brigitte Casaulta, Halden findet, dass die Mitarbeiter und Behördenmitglieder auf der Homepage genauer und übersichtlicher dargestellt und beschrieben werden müssten. Zudem fragt sie, wann der nächste Newsletter erscheinen werde und in welchen Abständen. Der Präsident nimmt die Fragen entgegen und wird sie an die zuständigen Personen weiterleiten.

Er schliesst mit einer Verdankung an die anwesenden Kirchbürger für ihre engagierten Wortmeldungen die Versammlung um 13.07 Uhr.

Versammlungsleiter



Johannes von Heyl, Präsident der Kirchenvorsteherchaft

Protokoll



Christine Huber, Mitarbeiterin Administration

Stimmzählerinnen und Stimmzähler



Elisabeth Egli



Urs Gabathuler



Brigitte Reichen-Meier



Susi Tapernoux-Frey



René Uhler